



ANISH KAPOOR: DEATH OF LEVIATHAN, BERLIN 2013



Lagarde

Wagner. Rosenberg¹.

Hitler.

Schmitt.

Claß.

Kubitschek

Inhalt

1. Aufdecken und Widerstand leisten	3
2. Das Böckenförde-Diktum	5
3. Die Debatte um den „richtigen“ Sprachgebrauch	8
4. Der Einfluss staatstheoretischer Begriffe auf das politische Handeln	10
4.1. Der Sprachgebrauch der AfD	10
4.2. Von der Rhetorik zur Tat	11
5. Widerstand organisieren	15

* Julius Leber zum 75.Todestag am 5.1.2020

¹ Eine lesenswerte Einführung in den Werdegang eines völkischen Intellektuellen bietet Ernst Pieper, Alfred Rosenberg Hitlers Chefideologe, München 2015 und Rosenbergs Herausgabe der kommentierten Fassung des Programmes der NSDAP 1922, https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_1.pdf

1. Aufdecken und Widerstand leisten

Angesichts von rund 5,3 Millionen Wählern der völkischen AfD bei der Bundestagswahl 2017 (12,6%), 2021 ebenfalls 12,6% und 2025 mit 20,6 % und 10,3 Millionen Wählern sind Aufklärung und Widerstand der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen in Lübeck und anderswo dringend geboten. Das ist die Lehre aus den Geschehnissen im Lübeck der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts. Anfang des Jahrhunderts sind die politischen und kulturellen bürgerlichen Institutionen des Lübecker Staates nämlich nach und nach in die Hände der völkischen Nationalisten und Nationalen gelangt.²

Dieser Prozess entwickelte sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik offensichtlich unbemerkt und ganz legal nach den auch im späteren Freistaat Lübeck geltenden Gesetzen. Justiz, Polizei und Staatsverwaltung, d.h. die Organe der konstitutionellen Gewalt, wurden von Persönlichkeiten übernommen, die zunehmend unter dem Einfluß des Programmes des Alldeutschen Verbandes (AV) geraten sind. Das galt auch für die evangelische Kirche, die zwar - wie das der Staats- und Verfassungsrechtler Hermann Heller (1891-1933) ausdrückt - seit dem 19. Jahrhundert das Mittel der Kirchenzucht verloren hatte, aber deren moralisch-steuernde Kraft für ihr Publikum doch noch erheblich war. An die Stelle der Kirchenzucht traten mehr und mehr die maßgeblichen Organe der Bürgerlichen Presse vor Ort, in Lübeck der Generalanzeiger und die Lübeckischen Blätter, deren Ausrichtung ebenfalls unter die Fuchtel der Völkischen geriet: des Industriellen und Medienunternehmers Alfred Hugenberg und des völkischen Schriftleiters Paul Brockhaus. Auf die Führungskräfte der Unternehmen war ebensowenig Verlass. Ihre Verbände standen, wie das Hans-Ulrich Wehler für die Republik beschreibt,³ den Völkischen bzw. den Nationalsozialisten nahe.

Die faktische Machtübernahme der Völkischen erfolgte weit vor dem 30. Januar 1933. Historiker sehen den Schuss vor den Bug des Bürgertums in der Reichstagswahl vom 13. Januar 1912, in der die Sozialdemokraten mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag wurden und 5,8% dazu gewinnen. Diese Tatsache löste die endgültige Sammlungsbewegung des Bürgertums nach Rechts aus.⁴ Für diesen Fall wird man an der Person des Lübecker Bürgermeisters Dr. Neumann, seinem Gang durch die Institutionen, dem beispielhaften - und dank Dr. Julius Leber (1891-1945)⁵, dem damaligen Vorsitzenden der Lübecker SPD, Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneten und - aufhaltsamen - Aufstieg dieses Arturo Ui nicht vorbei kommen. Weit entfernt davon, Neumann zu dämonisieren, ist seine Persönlichkeit und Karriere gleichwohl ein vor der Lübecker

2 Siehe dazu Michael Bouteiller, Präfaschismus in Lübeck, <https://bouteiller.blog/wp-content/uploads/2022/06/pracc88faschismus-in-lucc88beck-220608.pdf>, abgerufen 17.6.2022

3 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, S.293

4 Dirk Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts, Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912-1918, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 24, Malente 2013, S. 39-62; s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

5 1891- 1945

Haustür liegendes gutes und schlechtes Beispiel für den Aufstieg einer autoritären Persönlichkeit, wie sie die Kritische Theorie abbildet,⁶ und deren Idealtypus den autoritären Staat repräsentiert.

Der Stichtag für den Machtwechsel hin zur präfaschistischen Umformation der Stadtrepublik fällt wahrscheinlich⁷ auf den Dienstantritt Dr. Neumanns als Vorsitzender im Senat und damit als Regierender Bürgermeister des Freistaats Lübeck mit Wirkung vom 1. Januar 1921.⁸ 12 lange politische Jahre hätte dann die Lübecker Stadtgesellschaft bis zum 30. Januar 1933 noch Zeit gehabt, den Präfaschismus abzuwenden. Ebenso lange wie die dann folgenden endlosen 12 Jahre der Barbarei andauerten, die alles bisher Dagewesene an geschichtlichen Errungenschaften Deutschlands zerstörten. Der Machtwechsel verlief nämlich nicht plötzlich und unerwartet, „blitzschnell“, wie das Narrativ uns allzu gerne glauben lassen will, um uns moralisch zu entlasten, sondern langsam und stetig. Nach der verfassungsrechtlich legalen Machtübergabe von Staatspräsident Hindenburg an Adolf Hitler vollzog sich allerdings die Barbarei in der Tat „blitzschnell“. Der Präfaschismus wurde Anfang der 20er Jahre indes nicht rechtzeitig erkannt und/oder mit der hinreichenden Energie und Tatkraft abgewehrt.

Auch hier bildet Julius Leber ein spannendes Gegen-Beispiel der Lübecker Zeitgeschichte. Er stieg von Anfang an und ohne wenn und aber in die politische Arena. Er zögerte zu keinem Zeitpunkt. Das war die von ihm mit seiner Funktion als Chefredakteur und Parteivorsitzender und dann als politischer Amtsträger in der Bürgerschaft und im Reichstag übernommene Amtspflicht, wie er sie sah: die Verteidigung der Republik um jeden moralisch vertretbaren Preis. Das war sein Ethos für das er letzten Endes am 5. Januar 1945 sterben musste.

⁶ Vgl. Artikel „Autoritärer Charakter“, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Autorit%C3%A4rer_Charakter, (17.6.2022)

⁷ Was an Hand der historischen Fakten genauer nachzuweisen wäre.

⁸ Vgl. Artikel 12 der Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920, <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>

2. Das Böckenförde-Diktum

Rechtstechnisch ist die noch heute gebräuchliche Gebrauchsanleitung zur Umsetzung des Programmes für eine völkische Revolution in geltendes Recht à la Paul Anton de Lagarde, Richard Wagner,⁹ Heinrich Claß,

⁹ Richard Wagner steht in dieser Reihe, weil seine Musik den Gedanken einer deutsch-völkischen Weltmacht auch mit seinem Griff in den germanischen Mythenschatz bewusst orchestriert. Zu Richard Wagners Hass auf Juden am Beispiel Heine, Meyerbeer und Mendelssohn Bartholdy in: Richard Wagner, Judentum in der Musik, Leipzig 1869 (1850 erstmals veröffentlicht), ein abscheuliches Machwerk mit kruden Vorstellungswelten voll Judenhass. Wagner erfand die äußerst wirkmächtige Musik zur damals vorherrschenden Deutsch-völkischen-Weltmachtphantasie. Es bleibt mir - bei aller Wertschätzung dieser in die musikalische Moderne weiterführenden kompositorischen Erfindungen Wagners (z.B. „Liebestod“) bis heute unerfindlich, weshalb Persönlichkeiten der sog. kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Elite, in vollem Bewusstsein des offen zur Schau gestellten Rassismus Wagners, den Wagner-Tempel in Bayreuth zur Weihe des persönlichen „Wagnerischen Gesamtkunstwerkes“ und damit zur Weihe seiner unsäglich rassistischen Persönlichkeit aufsuchen und diesen Kult, ob sie wollen oder nicht, bis heute noch mitgestalten. Gleichzeitig werden heute Straßen von Komponisten wie Hans Erich Pfitzner in Lübeck zu Recht umbenannt, die sich in ihren Schriften zwar antisemitisch äußerten, aber vergleichsweise unbedeutend waren.

Der glühende Antisemitismus Richard Wagners ist offenbar ein besonderes deutsches gesellschaftliches Tabu. Vgl. Fritz Stern, S.133: „Nur wenige Gruppen übernahmen den ganzen Lagarde, die hohen Priester der deutschen Kultur beispielsweise, Richard Wagner und sein Kreis in Bayreuth, feierte ihn als den großen antisemitischen Propheten eines reinen Deutschtums.“ dazu auch Stefan Sandmeier, Wieviel Wagner ist in Hitler? Richard Wagners Antisemitismus und seine Rezeption in völkischer Bewegung und Nationalsozialismus, Juni 2004, S.62 ff.; in dem 1878 für die Bayreuther Blätter von Richard Wagner geschriebenen Artikel: „Was ist deutsch?“, Bayreuther Blätter 1.2: 29-52, ist es wieder der Jude, gegenüber dem sich „das Deutsche“ abgrenzt, S.5 ff. Wagner erliegt in seinem politischen Denken der Anziehungskraft Paul de Lagardes (s. M.B., Präfaschismus in Lübeck, www.mbouteiller.de, S.12f.), wie das auch für Thomas Mann noch in den „Betrachtungen“ (s.M.B., Präfaschismus in Lübeck, www.mbouteiller.de, S. 16) nachzuweisen ist. Wagner bewunderte Lagarde. Sein Angebot, Lagarde für die Bayreuther Blätter zu gewinnen, lehnte dieser ab. Demgegenüber ist die bloße zeitliche Zäsur (Rassist vor oder nach dem 30.1.1933?) äußerst fragwürdig. Gnade des frühen Todes? Dabei wird übersehen, dass rassistische Menschenverachtung -wie dargestellt- lange kulturelle Zyklen bildet- sich gewissermaßen kulturell vererbt-, bevor sie in Gewalt umschlägt (vgl. dazu: Geschichte des Antisemitismus bis 1945, de.m.wikipedia.org, 16.11.2019). Richard Wagner ist ebenso wie der Rassist Martin Luther ein gutes Beispiel für solche langdauernden gesellschaftlichen Wirkungen. Bei Wagner kommt die Faszination seiner Weltmachtmusik hinzu. Ebenso wie eine bestimmte passende Art von Musik zu bestimmten Massenauftritten, dem Einzug moderner Gladiatoren oder den Zusammenkünften der modernen Sturmtruppen des völkischen Hasses dazu gehört, war es damals für das Bildungsbürgertum die tief emotionalisierende Musik Wagners. Man muss unsere deutschen rassistischen Vorfahren als Persönlichkeiten nicht feiern. Sie und ihre Produktionen zu kennen und historisch einzuordnen, tut allerdings not (vgl. den Diskussionsstand in dem Interview mit dem Direktor des Israel-Museums, Ido Bruno, FR vom 27.9.2019, S.32). Aus der Sicht eines Dirigenten, der die von ihm bewunderte Musik von der rassistischen Ideologie sauber trennt: Christian Thielemann, Mein Leben mit Wagner, München 2013, S. 109-126; trifft, was ich meine: Simon Rattle, Gespräch über die Walküre, BR-Klassik, „Wagner fasziniert - wie die Schlange den Hasen“, Gespräch mit Bernhard Neuhoff, 5. 2. 2019, <https://www.br-klassik.de>; zur Frage der Trennung von Kunstwerk und Person des Künstlers: (am Beispiel Peter Handkes Nobelpreis) Margarete Stokowski, Perfide Mülltrennung, mit dem Bemerkten, Kunst vom Künstler zu trennen sei Luxus, in: Spiegel online, spiegel.de ; demgegenüber Jens Jessen, Im Reißwolf der Moral, Zeit online, [zeit .de](http://zeit.de), 30.10.2019, mit der Auffassung, dass die Gesellschaft hier als Kunstaufsicht im Sinne einer höheren Moral auftrete, zusammengesetzt wie ehemals aus Pharisäern und Philistern.



Carl Schmitt mit Ernst-Wolfgang Böckenförde in Ebrach

Alfred Rosenberg, Adolf Hitler, Carl Schmitt¹⁰, Götz Kubitschek und seinen geistigen WeggefährtenInnen in der AfD usw. einfach: Sie läuft über das sogenannte Böckenförde-Diktum.

Der kürzlich verstorbene katholische Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde (1930-2019) hat folgende nach ihm benannte Formel geprägt:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft (sic!),¹¹ reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“¹²

kräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“¹²

10 Carl Schmitt war ein katholischer, eliminatorischer bekennender Antisemit, der immer dazu gestanden hat. In der von ihm am 3. und 4.10.1936 in Berlin organisierten Konferenz „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ forderte er beispielsweise die Säuberung der Bibliotheken von jüdischen Verfassern. Die jüdischen Autoren sollten als Juden gekennzeichnet werden, z.B. Friedrich Julius Stahl als Stahl-Jolson. „Schon allein von der bloßen Nennung des Wortes 'jüdisch' wird ein heilsamer Exorzismus ausgehen“, meinte Schmitt. Nachweise bei Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, 2. Auflage, München 2008, S.211.

Rassistisch in eliminatorischer Absicht ist insbesondere die Definition seines Begriffes „Demokratie“. In der 1923 erstmals erschienen viel gelesenen Schrift: *Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, schreibt er in der Vorbemerkung auf S. 13,14 : „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. (...) Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“. Die Vorbemerkung ist unter dem Titel, *Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie*, in: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923 – 1939*, 52ff aufgenommen. In: *Staat, Bewegung, Volk*, 3. unveränderte Aufl.1934, 42ff, 45f schreibt Schmitt, dass die Artgleichheit unumgängliche Voraussetzung und Grundlage des bestehenden nationalsozialistischen Staates ist, ohne die sein Rechtsleben nicht denkbar ist. Vgl. dazu Herbert Mandelartz, „... nötigenfalls Vernichtung.“ Eine Fußnote zu Carl Schmitt, in: *vorgänge* Nr. 216 (4/2016), S. 77-84. Vgl.dazu auch Jürgen Habermas, *Das Bedürfnis nach deutschen Kontinuitäten*, *Die Zeit*, Nr.49/1993, <https://www.zeit.de/1993/49/das-beduerfnis-nach-deutschen-kontinuitaeten>

11 Steffen Kailitz, »Ich kann die Vorsicht verstehen«, *taz* 12.3.2024, S.7: » Die AfD ist Teil dieser Identitären Rechten. Es ist eine andere Spielart des Rechtsextremismus, die nicht ganz so hart ist wie die Neonazi-Szene oder NPD. Aber das grundlegende Ziel ist auch hier: eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen. Das ist der gemeinsame Nenner.«

12 Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ In: *Recht, Staat, Freiheit*. 2006, S. 112f.; vgl. demgegenüber a.A.Hans Blumenberg, *Wirklichkeit und Staatstheorie* (1968), *Schweizerische Monatshefte* 4/1968

Böckenförde benutzt in seiner fragwürdigen staatstheoretischen und rechtsdogmatischen Arbeit Schlüsselbegriffe wie *Staat, Volk und Nation*, die sich mit Ausnahme des Wortes „*Nation*“¹³ im geschriebenen Text des Grundgesetzes wiederfinden. Diese Begriffe lädt er nach seinem Vorverständnis auf¹⁴ (Homogenität) und trifft Folgerungen für die Auslegung grundrechtlicher Normen.

Bei dieser Methode der Rechtsauslegung werden also die Begriffe „Staat“, „Volk“ und „Nation“ zum Argument.¹⁵ Böckenförde wendet dieses Vorgehen der juristischen Interpretation, bei dem er u.a. Ansichten und Techniken des von ihm verehrten faschistischen Rechtslehrers Carl Schmitt aufnimmt,¹⁶ unzweifelhaft in guter Absicht und in Übereinstimmung der Ergebnisse seiner Auslegung mit dem Grundgesetz an. Aber diese Subjektstellung der Begriffe ist eben beliebig instrumentalisierbar. Heideggers versteckter Antisemitismus ist dafür ein gutes Beispiel.¹⁷ Hitler setzt in gewissem Sinne für diese Art der begrifflichen Konstruktion einen barbarischen Endpunkt. Er hatte kurz vor seinem Tod gesagt: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft.“¹⁸

13 Der Wortbestandteil „national“ in Art. 139 Grundgesetz: „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt,“ - ist nicht gemeint.

14 Markus Gabriel, *Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten, Universale Werte für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2020, Seite 120: „Eine Monokultur lässt sich unter Bedingungen einer modernen Massen Demokratie nicht ansatzweise herstellen. Umgekehrt bedeutet dies nicht dass die Politik jede Meinung und jede Lebensform mit gleichem Recht behandeln sollte. Der Multikulturalismus setzt viel mehr eine gemeinsame Expedition voraus: wir alle sitzen im selben Boot und müssen gemeinsam herausfinden, wie wir weiteren moralischen Fortschritt agieren. Es führt schlichtweg kein Weg am Multikulturalismus vorbei, der sich automatisch ergibt, wenn Millionen von Menschen (wie scheinbar »ethnisch« einheitlich auch immer) derselben Gesellschaft angehören.“

15 Ein Klassiker, der aufzeigt, wie im Wesentlichen ohne neue Gesetze durch Uminterpretation der Faschismus 1933 - 1945 juristisch funktionierte, ist immer noch Bernd Rüthers, *Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus*, 7. Auflage, Tübingen 2012 (1. Auflage 1968); Christoph Möllers, *Staat als Argument*, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011.

16 Dieter Gosewinkel, „Beim Staat geht es nicht allein um Macht, sondern um die staatliche Ordnung als Freiheitsordnung“, Biographisches Interview mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in *Wissenschaft Politik Verfassungsgericht*, Berlin 2011, S.359 ff.; neuerdings: Neiman, Susan, *Links ≠ woke*, Berlin 2023, S 94

17 vgl. die Analyse von Georg Geismann, Heidegger: Irrungen, Wirrungen . Anmerkungen für Amazon zu: Walter Homolka / Arnulf Heidegger (Hrsg.), *Heidegger und der Antisemitismus. Positionen im Widerstreit. Mit Briefen von Martin und Fritz Heidegger*, Freiburg-Basel-Wien 2016: Zu Weihnachten 1931 schreibt er an seinen Bruder: „Daß dieser Mensch [Hitler] einen ungewöhnlichen und sicheren, politischen Instinkt hat und eben schon gehabt hat, wo wir alle noch benebelt waren, das darf kein Einsichtiger [!] mehr bestreiten. Der nationalsozialistischen Bewegung werden künftig noch ganz andere Kräfte zuwachsen. Es geht um keine Parteipolitik mehr – sondern um Rettung oder Untergang Europas und der abendländischen Kultur.“

18 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Kriegsgeschichte1/nero.html>, abgerufen am 19.11.2022

Kubitschek, die sog. Identitären und führende Mitglieder der AfD und andere Völkische¹⁹ betreiben dieses Geschäft der „Auslegung“ solcher staatstheoretischen Begriffe ganz offenbar in böser Absicht und ohne Rücksicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Methode der [staatstheoretischen Mythologisierung](#) mithilfe der genannten Begriffe betreiben indes beide. Der im Deutschen Reich 1933 als Jude und Demokrat nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 von der Universität Köln beurlaubte,²⁰ 1934 in den Ruhestand versetzte Staats- und Verfassungsrechtler Hans Kelsen (1881-1973) hat in seiner Schrift „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze“²¹ dazu 1911 alles Erforderliche gesagt.

Alle republikfeindlichen Ansätze rassistischer, faschistischer oder neuerdings wieder offen völkischer (d.h. rassistischer) Art laufen über solche begrifflichen Schleusen wie Volk, Staat und Nation. Deshalb haben solche Begriffe in ihrer Subjektivierung, d.h. als rechtlich handelnde Subjekte gebraucht, nichts in gesellschaftlichen, sozialen und rechtsdogmatischen Handlungsgefügen verloren.²² Wer also behauptet, der Staat oder das Volk oder die Nation sei und handle so und so oder dazu auffordert, in ihrem Namen oder zu ihrem Schutze zu handeln, versteckt dahinter meist die Interessen und Absichten seiner eigenen Person oder von Gruppen, die er nicht nennen will, oder diejenige von an der Regierung befindlichen Personen und Gruppen, deren Absichten nicht genannt werden sollen, weil sie nicht legal oder legitim sind.

3. Die Debatte um den „richtigen“ Sprachgebrauch

In der Debatte um die Verwendung der diese Auseinandersetzung leitenden Begriffe Volk, Nation und Staat wird eingewandt, die Verwendung dieser Begriffe könne ja nicht unterbunden werden, denn sie seien im täglichen Gebrauch. Von einem Anwendungsverbot im Alltagsgebrauch soll hier indes ohnehin keine Rede sein. Allerdings halte ich den Streit über den „richtigen“ Sprachgebrauch mit Anhängern der völkischen Ideologie

¹⁹ Ein weiteres gutes Beispiel ist der Umgang des Heidelberger Manifests von 1981, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Heidelberger_Manifest, abgerufen am 19.11.2022, mit dem Begriff „Volk“: „Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht nicht aus vom Begriff »Nation« als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff »Volk« und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm abwenden werde.« Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes. Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet.“, <https://www.nadeshda.org/archiv/antifa/hmanwo.pdf>; Anleitung zum Völkermord: Der Mythos vom »Großen Austausch« Von Jason Stanley, Blätter 2022, 11, S. 95 ff.;

²⁰ Carl Schmitt war der einzige Fakultätskollege in Köln, der sich der hiergegen gerichteten Petition der Fakultät an die preußische Regierung nicht anschloss (Hans Kelsen, <https://de.wikipedia.org>, 16.10.2019)

²¹ Tübingen 1911, 2., photomechanisch gedruckte, um eine Vorrede vermehrte Auflage 1923

²² Vgl. aus der neueren Literatur, Möllers, Christoph, Staat als Argument, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011; Kletzer, C. (2013). Die Legitimität der Neuzeit: Kelsen und Blumenberg. In C. Jabloner, T. Olechowski, & K. Zeleny (Eds.), Secular Religion: Rezeption und Kritik von Hans Kelsens Auseinandersetzung mit Religion und Wissenschaft (Vol. 34). (Schriftenreihe des Hans Kelsen Institutes; Vol. 34). Manz. <https://www.manz.at/list.html?isbn=978-3-214-14755-6>

für vertane Zeit. Denn es geht bei dieser Auseinandersetzung nicht um Wissens-, sondern um Glaubensfragen. Glaubensfragen sind nur mit Gewalt lösbar, sei es solche konstitutioneller Gewalt oder mit extrakonstitutioneller Gewalt, d.h. dann am Ende mit politischem Mord oder Totschlag. Im Ergebnis sind das - in politischen Begriffen ausgedrückt - das politische Attentat, dem wir heute vermehrt begegnen, und der Bürgerkrieg. Denn bei diesen Begriffen handelt es sich um politische Kampfbegriffe, also um scharfe Waffen in der politischen Arena. Dabei ist es nicht das Wort oder der Begriff selbst der tötet. „Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten.“²³

In der öffentlichen Debatte über die Verwendung der genannten Begriffe sollte deshalb aus Sicht der Liberalen von vornherein außer Streit stehen, dass die Verwendung völkischer Politikbegriffe (völkisches Volk, völkische Nation, völkischer Staat) und die daraus abgeleiteten Handlungsoptionen nach geltendem Verfassungsrecht offensichtlich verfassungswidrig sind. Das gilt für den rassistischen Volksbegriff in gleicher Weise wie für die daraus abgeleiteten Begriffe der Nation, der Demokratie und für die Handlungsfelder möglicher konstitutioneller Gewalt. Ein rechtsstaatlicher Vollzug rassistischer Politik ist nach unserer geltenden Verfassung ausgeschlossen. Gewollt ist von den RassistInnen denn auch nicht das Zustandekommen von Handlungsgefügen auf dem Wege der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie des Grundgesetzes, sondern die Errichtung einer völkischen Diktatur, d.h. das Zustandekommen der Gesetze und Maßnahmen mittels nicht verfassungsgemäßer Gewalt.

Was bleibt ist die Frage nach dem Sinn staats-theoretischer Verortung der genannten Begriffe. Aus meiner Sicht ist die Auseinandersetzung mit den verschiedenen historischen Systemen für das Verständnis des Wortgebrauchs der früheren Staatstheoretiker und Philosophen z.B. Aristoteles, Platon, Hobbes, Hegel usw. nützlich und erforderlich. Hilfreich ist dabei der Begriffs-Klärungsversuch des Syndikalisten Rudolf Rocker, „Nationalismus und Kultur“.²⁴ Für den heutigen Gebrauch ist - wie dargelegt - aber die Subjektivierung als politische Ideologie erkennbar und deshalb wertlos. Um es nochmals hervorzuheben, nicht die Staaten handeln, sondern Menschen. Um es als Beispiel in anderer Form zu wiederholen: Die Atombomben am 6. und 9. August 1945 hat nicht der Staat USA, oder das Volk der USA über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, es waren vielmehr zwei Piloten der US-Luftwaffe, die auf Befehl des Präsidenten Harry S. Truman handelten. Getroffen und getötet wurden auch nicht das japanische Volk oder der Staat Japan, sondern ca. 230.000 Menschen, die in Hiroshima und Nagasaki wohnten oder sich dort aufhielten und zum Teil jämmerlich zugrunde gingen.

²³ Karl Marx - Friedrich Engels, Werke Band 2, Berlin 1962, S.126

²⁴ erschienen 1949 unter dem Titel „Die Entscheidung des Abendlandes“, Leck 1999 (<https://anarchistischebibliothek.org/library/rudolf-rocker-nationalismus-und-kultur>)

4. Der Einfluss staatstheoretischer Begriffe auf das politische Handeln

4.1. Der Sprachgebrauch der AfD

Führende Mitglieder der AfD wie Alexander Gauland, einer der Sprecher und einer der Fraktionschefs im Bundestag, sprechen den Begriff „Volk“ im Sinne von „Umvolkung“ an. Alice Weidel, ebenfalls Fraktionschefin der AfD im Bundestag, spricht davon, dass "wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden". Björn Höcke, der Parteichef der AfD in Thüringen und dortiger Fraktionschef im Landtag, hat in seiner berühmten [Dresdner Rede im Januar 2017](#)²⁵ „die einschlägigen Argumentations- und Redefiguren der AfD in geradezu mustergültiger Klarheit vorgeführt“. "Unser liebes Volk", sagt er, – "Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht." Die Feinde – die von ihm so genannten "Altparteien“, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die „Angstkirchen" und so fort – sie "lösen unser liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmer Wasserstrahl. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen, wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen."²⁶ In diesen Worten Höckes kommen fünf Zielsetzungen zum Ausdruck, die schon vor 100 Jahren in der Weimarer Republik und in Lübeck dominieren:

- Erstens redet Höcke dem Kulturpessimismus und der Katastrophenlage in Deutschland das Wort, in das uns die Feinde „unseres lieben Vaterlands“ ausweglos führen, wenn die Patrioten, die Feinde des „lieben Vaterlands“, mit ihrer Spaltungsabsicht durch Geburtenrückgang und Masseneinwanderung gewähren lassen.
- Zweitens appelliert er an das „Wir“, d.h. das völkisch geeinte Volk, das sich sein „liebes Vaterland“ nicht wegnehmen lässt.
- Drittens ruft er zum Handeln auf: „Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen“.
- Viertens benennt er die Feinde, die Deutschland bedrohen: die Masseneinwanderung (von Volksfremden) und die Libertinage, die die Geburtenzahl der Deutschen Frau senkt, das heißt im Ergebnis das freiheitli-

²⁵ Betreff: Rede Björn Höcke Dresden live bei der Jungen Alternative AfD - Dresdner ...
<https://youtu.be/WWwy4cYRFIs?si=PotxZgyBIMwEja2Z>

²⁶ Eine lesenswerte Analyse des Sprachverhaltens der AfD bietet Heinrich Detering, in: ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Reden und Beiträge | Detailseite | Impulsvortrag Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?" (Prof. Dr. Heinrich Detering) mit weiteren Beispielen; aus Deterings hier angegebenen Text sind auch die zitierten Redebeiträge entnommen.

che Weltbild der Moderne. Wer die mit diesen Einrichtungen verbundene Weltoffenheit lebt und garantiert, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Mit allen Mitteln, denn es geht um die Existenz der ja - wie Höcke sagt - zum ersten Mal bedrohten Einheit unseres Volkes.

- Zu bekämpfen sind fünftens vor allem die „Altparteien“ und besonders die „Angstkirchen“. Indem er die „Angstkirchen“ ins Visier nimmt, ruft Höcke, in gleicher Weise wie Lagarde zu einer anderen Art von Religiosität auf, wie sie die Amtskirchen offenbar nicht vertreten: Die „neue“ (alte und uns bekannte) Religion des Völkischen.

4.2. Von der Rhetorik zur Tat

Der über mehrere Generationen in der deutschen Öffentlichkeit latent oder manifest vorhandene²⁷ Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, wie ihn Norbert Elias beschreibt,²⁸ bricht sich offenbar wieder verstärkt Bahn. Das Morden hat sein Motiv gefunden. „Rassistische, antisemitische, antiziganistische und allzu oft verharmlosend als „fremdenfeindlich“ bezeichnete Gewalt gehören zur Erfahrung und Geschichte sowohl der alten BRD wie der DDR.“²⁹ Die Mörder finden in den Argumenten ihrer politischen Leitfiguren Legitimation. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass Niklas Frank, der Sohn des späteren Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank (1900-1946), des „Schlächters von Polen“, in der Rhetorik der AfD die Sprache seines Vater erkennt.³⁰

Der Durchbruch geschieht, wie bereits in der Lübecker Bürgergesellschaft der Weimarer Zeit, mit Hilfe von völkischer Rhetorik und offen oder verdeckt arbeitenden völkischen Vorfelddnetzwerken mit einem politischen Arm in den Parlamenten und den „Sturmtruppen“ und vernetzten einzelnen Attentätern draußen. Dazu bedarf es ferner einer im Bundestag und den Landtagen - damals u.a. in der Lübecker Bürgerschaft - als politischer Arm vertretenen, heute staatlich finanzierten, digital hoch gerüsteten³¹ völkischen Partei.³² Die liberal verfasste Republik soll - geht es nach den völkischen Treibern - kulturell hinter die 1968 erkämpfte gesellschaftliche Liberalität zurück geworfen und delegitimiert werden. Das ist das Ziel. Die alte „Deutsche Angst des Bürgertums“³³ wird auf diese Weise mit Unterstützung digitaler Techniken remobilisiert. Die 1968 ge-

²⁷ Wilhelm Heytmeier, Gewalt, 2.Auflage, Weinheim 1996 m.w.N.

²⁸ Norbert Elias: J.Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980 (S.98-122(<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/16608>))

²⁹ Sabine Hark, Gemeinschaft der Ungewählten, Berlin 2021, S.43

³⁰ Der Spiegel Nr.37,7.9.2019, 13/65

³¹ <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/09/Propaganda-40.pdf>; Wolfgang Kraushaar, FR vom 17.12.2022 (<https://michaelbouteiller.de/man-hat-die-gefaehrlichkeit-der-reichsbuerger-unterschaetzt/>)

³² Siehe.dazu Dirk Stegmann,Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, 1917-1918, Konservative Sammlungsbewegung in der Provinz, beirat-fuer-geschichte.de , heute mit modernisierten Inhalten die AfD.

³³ Deshalb wird auch der Begriff „Bürgertum“ von den Leitfiguren der AfD remobilisiert, vgl. Elisa Nowak, Die Partei des Bürgertums, der Freitag, Blog:AfD| die Partei des Bürgertums, <https://www.freitag.de/autoren/elisanowak/die-partei-des-buerkertums>

scheiterte, damals noch analoge geistige Konservative Revolution der Globke-Adenauerzeit soll nun erfolgreich und digital zu Ende gebracht werden. Der Prozess, den wir hier beobachten, läuft nicht nur national sondern international³⁴ ab. Die Gegenstrategien sollten deshalb ebenfalls europäisch und international beschaffen sein.³⁵

Heute kann sich nach der vorgelegten Analyse der Ereignisse der 1920er Jahre im Freistaat Lübeck niemand darauf verlassen, dass Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik verfassungsfest seien. D.h., dass das Gefüge der Institutionen des Grundgesetzes in der Realität mit einer Ewigkeitsgarantie versehen wäre. Es mag sein, dass wir gegenüber einem Staatsstreich in der Art der vier Putschversuche von 1917 bis 1926 zur Zeit durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse gesichert sind. Anders verhält es sich jedoch gegenüber der Gefahr einer stillschweigenden und langsamen Umformation der Republik. Nehmen wir den hochpolitischen, in unserer Stadt viel beachteten und wachen bürgerlichen Beobachter des Kaiserreiches und der Weimarer Zeit, Thomas Mann, so war dessen Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der stillschweigenden Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Öffentlichkeit in seiner Heimatstadt bis Ende der 20er Jahre offenbar blind.³⁶ Er hat das Ausmaß des Präfaschismus nicht erkannt. Warum sollte es uns heute, wo unsere Wahrnehmung ebenfalls vertrauensvoll in unsere nächste Alltagswelt eingebunden ist, anders ergehen?

Diese unsere Gutgläubigkeit als Wahrnehmungsfilter setzt Alice Weidel, eine der Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, offenbar voraus, wenn sie als Strategie der AfD, des politischen Arms der „Sturmtruppen“, Ihresgleichen dazu aufruft: „Die Herausforderung ist, nach den Regeln zu spielen, um sie nicht zu diskreditieren.“³⁷ Eine Zuspitzung der Lage erfolgt deshalb - wie damals - nicht über direkte Aufrufe der Ideengeber der Konservativen Revolution zum politischen Attentat gegen die erkannten „Wächter des Systems“. Die Steuerung erfolgt vielmehr - wie schon in der Weimarer Zeit - über den beschriebenen Dreiklang von kulturellem Pessimismus, Hass und Gewalt. Allerdings ist das Radikal Neue gegenüber der Weimarer Lage die Revolutionierung der Öffentlichkeitsarbeit; radikal neu ist die Digitalisierung der Medien.³⁸ Das politische Attentat von heute wird nicht mehr analog, sondern digital vermittelt. Die politische Gewalttat als solche ist und bleibt hingegen die finale öffentliche Ausdrucksform des Dreiklangs von kulturellem Pessimismus, Hass und Gewalt.

³⁴ zur rassistischen Bewegung und ihrer Vernetzung in den USA s. etwa Zeitschrift Stern Nr.35, 22.8.2019, S.50ff.; zu den rassistischen Motiven der Massenmörder Anders Breivik (Norwegen) und Brentan Tarrant (Australien) vgl.: Die Ideologien der rassistischen Mörder Breivik, Tarrant., Thomas Modehn, Religions Philosophischer Salon, gepostet am 17.3.2019, <https://religionsphilosophischer-salon.de>>

³⁵ Vgl. die kluge Handlungsanweisung von Timothy Snyder, Über Tyrannei: Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017

³⁶ Siehe dazu Michael Bouteiller, a.a.O. (FN.2), S.16

³⁷ Siehe Vortrag Alice Weidel am 20.9.2019 beim Institut für Staatspolitik in Schnellroda (Götz Kubitschek), https://de.wikipedia.org/wiki/Alice_Weidel

³⁸ Wolfgang Kraushaar, FR Deutschland vom 17.12.2022, Seite 24 <https://michaelbouteiller.de/man-hat-die-gefahrlichkeit-der-reichsbuerger-unterschaetzt-2/>

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fasse ich nicht nur die „Klassiker“ der politischen Attentate der Weimarer Republik: Beispiele seinerzeit sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule-Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.³⁹

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fallen heute auch nicht alleine die in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stehenden sog. Terrorangriffe. Entscheidend sind vielmehr die fast alltäglichen Morde, die im Wesentlichen aus Fremdenhass erfolgen. Alleine von 1990 bis 2017 sind 183 Opfer rechter Gewaltverbrechen dokumentiert.⁴⁰ Diese Opfer wurden erschossen, erstochen, gesteinigt, verbrannt, zertreten und in den Selbstmord getrieben. In die Gruppe politischer Attentate gehört ebenso die nach Angaben des Bundeskriminalamtes allein in die Zeit von 2011 bis 2017 fallende geradezu unglaubliche Zahl von 2.560 Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte.⁴¹

Ebenso waren politische Attentate die 10 Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), über deren Aufklärung der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 22. April 2013 zu folgendem für die staatlich verantwortlichen Behörden und Persönlichkeiten beunruhigenden Urteil kam:

„Am 22. August 2013 legte der Bundestagsausschuss einen 1357-seitigen Abschlussbericht vor. Die wichtigsten Ergebnisse waren:

1. Fehler in den Ermittlungen: Zum Beispiel mangelhafte Vorbereitung und Durchführung der Durchsuchungen in Jena am 26. Januar 1998, „diverse fachliche Defizite“ wie fehlende Anfragen, mangelnde Auswertung von Hinweisen, und eine „Überzeugung, dass Organisierte Kriminalität der Hintergrund der Taten gewesen sei“.
2. Fragwürdige Ermittlungsmethoden der Staatsorgane: Zum Beispiel wurden V-Männer als Journalisten eingesetzt.

³⁹ Siehe: Stichwort Brigade Erhardt in: historisches-lexikon-bayerns.de

⁴⁰ Siehe, Ausstellung Opfer rechter Gewalt, opfer-rechter-gewalt.de

⁴¹ Flüchtlingsfeindliche Angriffe in der Bundesrepublik Deutschland, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%BChtlingsfeindliche_Angriffe_in_der_Bundesrepublik_Deutschland, 30.11.2019

CHRONOLOGIE

1995/96: Die rechtsextreme Organisation „Thüringer Heimatschutz“ wird gegründet. Maßgeblich ist der Neonazi Tino Brandt in dieser Organisation aktiv, der dem Verfassungsschutz als V-Mann Informationen liefert. Neben Brandt sind auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe sowie spätere NPD-Funktionäre beim „Thüringer Heimatschutz“ aktiv.

13. April 1996: Uwe Böhnhardt hängt an einer Autobahnbrücke einen Puppenorso mit Davidstern und dem Schild „Jude“ auf, der Kopf hängt in einer Schlinge. Daneben steht eine Bombenattrappe. Die 1997 verhängte Jugendstrafe tritt er nicht an, da er untertaucht.

Januar 1998: In Jena hebt die Polizei eine Bombenwerkstatt der Rechtsextremisten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in einer Garage aus. Es werden Rohrbomben mit dem Sprengstoff TNT und Propagandamaterial sichergestellt. Das Trio flieht und taucht unter.

1998-2011: 15 Raubüberfälle auf Supermärkte, Postfilialen und Sparkassen, die meisten davon in Chemnitz, werden der untergetauchten Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zugeschrieben.



9. September 2000: Der erste NSU-Mord: Der Blumen Großhändler Enver Şimşek aus dem hessischen Schlüchtern wird an seinem Blumenstand in Nürnberg ermordet. Die beiden Täter, Böhnhardt und Mundlos, geben acht Schüsse aus zwei Pistolen ab und verletzen den 38-Jährigen. Er stirbt zwei Tage später im Krankenhaus. Şimşek war Mitte der 80er Jahre aus der Türkei nach Deutschland gekommen und hatte zwei Kinder. Die Mordwaffe des Herstellers Ceska wird bei zahlreichen weiteren NSU-Taten eingesetzt.

19. Januar 2001: In einem Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse explodiert eine Bombe, die in einer Christstollendose versteckt worden war. Die 19-jährige Tochter der aus dem Iran stammenden Inhabersfamilie wird schwer verletzt.



13. Juni 2001: Abdurrahim Özüdoğru wird in seiner Änderungs Schneiderei in der Nürnberger Südstadt mit zwei Schüssen in den Kopf getötet. Özüdoğru hinterlässt eine Tochter.



27. Juni 2001: Der Obst- und Gemüsehändler Süleyman Taşköprü wird in Hamburg im Laden seines Vaters mit drei Schüssen

ermordet. Taşköprü ist 31 Jahre alt, als er stirbt. Erst im April 2001 hat er das Lebensmittelgeschäft der Familie übernommen. Er ist Vater einer zur Tatzeit zweijährigen Tochter.



29. August 2001: Der 38-jährige Feinkosthändler Habil Kılıç wird in München im Laden seiner Frau mit drei Schüssen in den Kopf getötet. Hauptberuflich war Kılıç als Staplerfahrer auf dem Münchner Großmarkt beschäftigt. Er hinterlässt eine Tochter.

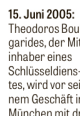


25. Februar 2004: Der Hamburger Mehmet Turgut wird an einem Dönerimbiss in dem Plattenbauviertel Rostock-Toitenwinkel mit drei Kopfschüssen ermordet. Der 25-Jährige besuchte in Rostock einen Freund, für den er spontan als Aushilfe am Dönerstand einsprang.

9. Juni 2004: Bei einem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße, in der sich viele Geschäfte der türkischen Community befinden, explodiert eine ferngezündete Nagelbombe. Dabei werden 22 Menschen verletzt, vier von ihnen schwer. Zahlreiche Läden und Autos werden durch die Detonation erheblich beschädigt.



9. Juni 2005: Der 50-jährige Dönerbudenbesitzer Ismail Yasar wird in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet. Der in der Türkei geborene Yasar lebt seit 1978 in Deutschland. Er hinterlässt einen Sohn.



15. Juni 2005: Theodoros Boulgarides, der Mitinhaber eines Schlüsseldienstes, wird vor seinem Geschäft in München mit drei Schüssen in den Kopf ermordet. Boulgarides wird 41 Jahre alt. Er hinterlässt zwei Kinder.



4. April 2006: Der 39-jährige Kioskbesitzer Mehmet Kubasik wird in seinem Geschäft in der Dortmunder Nordstadt ermordet. Kubasik ernährte mit der Arbeit im Kiosk seine fünfköpfige Familie.



6. April 2006: Halit Yozgat, 21-jähriger Betreiber eines Internetcafés, wird in seinem Kasseler Laden

durch zwei Kopfschüsse getötet. Yozgat verblutet in den Armen seines herbeigeeilten Vaters, der seinen Sohn im Geschäft ablösen wollte. Zur Tatzeit befindet sich Andreas Temme am Tatort, ein Bediensteter des hessischen Verfassungsschutzes. Gegen ihn wird zunächst wegen Mordverdachts ermittelt. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt.



25. April 2007: Die 22-jährige Polizeibeamtin Michele Kiese wird in Heilbronn in ihrem Dienstwagen mit einem gezielten Kopfschuss getötet. Ihr Kollege, der neben ihr sitzt, erleidet durch einen Kopfschuss lebensgefährliche Verletzungen. Es ist der zehnte NSU-Mord.

2007 bis 2009: Die Ermittlungsbehörden verdächtigen eine unbekannte Frau zahlreicher Mordtaten. Im März 2009 stellt sich heraus, dass die übereinstimmenden Genspuren beim Verpacken auf Probestäbchen gelangt sind, die bei Ermittlungen genutzt wurden.

4. November 2011: Nach einem Banküberfall in Eisenach werden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Den Ermittlungen zufolge tötet Mundlos seinen Komplizen Böhnhardt, setzt dann das Wohnmobil in Brand und erschießt sich schließlich selbst. In Zwickau wird die Wohnung, in der die beiden mit Beate Zschäpe gelebt hatten, von Zschäpe in Brand gesetzt und vollkommen zerstört. Zschäpe verschickt Propaganda-DVDs, auf der sich die bis dahin in der Öffentlichkeit unbekannte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ mit den Taten brüstet. Am 8. November 2011 stellt sich Zschäpe der Polizei in Jena.

23. Februar 2012: Deutschland gedenkt der Opfer des NSU in einer Veranstaltung am Berliner Gendarmenmarkt, an dem die gesamte Staatsspitze teilnimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht den Angehörigen vollständige Aufklärung. Für die Hinterbliebenen sprechen Ismail Yozgat, Semiya Şimşek und Gamze Kubasik.

6. Mai 2013: Vor dem Oberlandesgericht München beginnt der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer des Trios. Es werden rund 800 Zeugen gehört. Am 11. Juli 2018, nach 438 Verhandlungstagen, wird das Urteil verkündet: lebenslange Freiheitsstrafe für Beate Zschäpe. Vier Unterstützer des NSU, Raif Wohlleben, Holger Gerlach, André Eminner und Carsten S., werden wegen Beihilfe zu Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb und zehn Jahren verurteilt. Nur S. distanziert sich vom NSU. Am 19. August 2021 bestätigt der Bundesgerichtshof das Münchner Urteil gegen Zschäpe, sie reicht am 20. September 2021 in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde ein. Zschäpe will erreichen, dass der Bundesgerichtshof (BGH) noch einmal über die Revision entscheidet. PITT VON BEBENBURG

3. Falscher Umgang mit den Angehörigen der Opfer: „Angehörige wurden verdächtigt, die Taten selbst in irgendeiner Weise mit verursacht zu haben“, „Geschwister der Mordopfer waren bei den Vernehmungen der Eltern als Übersetzer tätig.“
4. „Unbestreitbares Versagen“ des Verfassungsschutzes: Die Analysen seien „falsch und grob verharmlosend“ gewesen mit „fataler Unterschätzung und Bagatellisierung [des] Gefahrenpotenzial[s]“ des Trios.
5. V-Personen: „Aufwand und Ertrag des Einsatzes von V-Personen zur Aufklärung einer von Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahr standen (...) in keinem Verhältnis.“
6. Keine Hinweise auf Beteiligung von Behörden: Der Ausschuss fand keine Hinweise darauf, dass Behörden den NSU gebilligt oder unterstützt hatten, mit Ausnahme der Verwendung der V-Personen.

7. Rolle der politisch Verantwortlichen: „Diverse Fehler und Versäumnisse, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit“: Zum Beispiel ließ sich der damalige bayerische Innenminister **Günther Beckstein** (CSU) trotz seiner Vermutung nach ausländerfeindlichem Hintergrund mit der Antwort der Polizei abspeisen, dass es „derzeit keine Anhaltspunkte dafür [gebe]“. Der nordrhein-westfälische Innenminister **Fritz Behrens** (SPD) und damalige Bundesinnenminister **Otto Schily** (SPD) hatten sich nicht näher mit den Hintergründen des Nagelbombenanschlag in Köln beschäftigt. Auch der nachfolgende Innenminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) zeigte „kein Interesse für die Ermittlungen in der ‚Česká‘-Mordserie“ und beauftragte das Bundeskriminalamt 2006 trotz Anbitter nicht mit der zentralen Ermittlungsführung. Der frühere hessische Innenminister **Volker Bouffier** (CDU) erteilte im Fall des erschossenen **Halit Yozgat** V-Leuten des Verfassungsschutzes aus dem islamistischen und in einem Fall auch rechtsextremistischen Bereich keine Aussageerlaubnis.“⁴²

Nimmt man die genannten Anzeichen aufkommenden Präfaschismus in der Bundesrepublik wahr und die offen formulierten Strategien der führenden Köpfe der Völkischen Bewegung ernst, liegt es an den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, mit allen Mitteln aufzudecken und Widerstand zu organisieren. Dabei kommt der Analyse des Sprachgebrauchs im Sinne Heinrich Deterings eine Schlüsselfunktion zu. Ein täglich zu hörendes Eingangsstatement etwa: „Das wird man doch noch sagen dürfen...“, mit dem dann unter Berufung auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit völkische Parolen verbreitet werden, ist ein wertvolles Beispiel für den gängigen Versuch, das legitime öffentliche Meinungsspektrum nach rechts zu verschieben. Widerstand beginnt immer damit, sich von Vorurteilen frei zu machen und die eigene Wahrnehmung zu schärfen.

5. Widerstand organisieren

Es ist jetzt die Zeit des Widerstandes gegen den wieder aufkommenden Präfaschismus in Deutschland - auf allen Ebenen: (1) Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, angefangen in unserem direkten - auch privaten - Umfeld,⁴³ Elternhaus, Kindergarten, allen Bildungseinrichtungen, einschließlich der Gewerkschaften, Kirchen, Moscheen, Synagogen und sonstigen religiösen Gesellschaften; (2) auf den sieben staatlichen Ebenen der Gemeinden, Kreise, Kreisfreien Städte, Bundesländer, des Bundes und schließlich über die Ebenen von EU und UN. Keine dieser Netzwerke oder Entscheidungsstrukturen bleibt von dem Prozess des Wandels einer republikanischen zu einer präfaschistischen und am Ende faschistischen Formation bewahrt. Ein besonderes Hilfsmittel des Widerstandes sind (3) die analogen und heute in Besonderheit die digitalen Medien.

Es ist jetzt die Zeit, den Widerstand rechtzeitig zu organisieren. Das ist die wichtigste Lehre aus der Deutschen Geschichte. In der Geschichte unseres Landes ist die misslungene Ergreifung der so sehnlich von der führenden kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Elite erträumten deutschen Weltmacht⁴⁴ ein besonderes unerfüllt gebliebenes Stück der in den letzten 150 Jahren erlebten Geschichte unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern. Vergessen sollten wir dabei nicht, dass dieser unerfüllte deutsche Weltmacht-Traum fast

⁴² NSU-Untersuchungsausschüsse, Ergebnisse, <https://de.m.wikipedia.org/wiki/NSU-Untersuchungsaussch%C3%BCsse>, 27.11.2019

⁴³ Vgl. dazu Gerald Hüther, <https://youtu.be/BdmiC5VTThI> Hüther

⁴⁴ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 und 2013

die Eroberung ganz Europas durch den Faschismus bewirkt hat. Die deutsche Eroberung Europas hing 1940/1941 tatsächlich an zwei seidenen Fäden. Wir sollten uns deshalb daran erinnern, dass Träume in den Händen dazu entschlossener Menschen ungeheure Vernichtungskraft entfalten können.

1940 waren es in der Tat lediglich drei Tage im Mai, in denen Adolf Hitler den Vormarsch der Deutschen Wehrmacht auf Dünkirchen stoppte und damit dem britischen Heer Gelegenheit gab, sich nach England zu entsetzen. Diese drei Tage vom 24. bis 26. Mai entschieden über Sieg oder Niederlage des Faschismus in Westeuropa.⁴⁵ Die Einnahme der Sowjetunion, begonnen mit dem Überfall auf die Sowjetunion, am 22. Juni 1941, scheiterte ebenfalls an einem Führerbefehl. Hitler ließ den Vormarsch der gesamten Heeresgruppe Mitte auf Moskau im August 1941 stoppen und einen Teil der Truppe zur Eroberung der Ukraine abziehen. Daran scheiterte die nationalsozialistische Einnahme Osteuropas.⁴⁶

Vergessen sollten wir zuletzt nicht, dass der deutsche Weltmachttraum in dem gesamten kurzen 20. Jahrhundert nach Schätzungen weltweit insgesamt 187 Millionen Menschen den Tod und unendliches Leid brachte.⁴⁷ Es ist also an der Zeit, den Widerstand zu organisieren und den zum Trauma gesteigerten unerfüllten Traum deutscher Weltgeltung endlich zu beerdigen.

Jetzt

⁴⁵ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Schlacht_von_D%C3%BCnkirchen, abgerufen am 19.11.2022

⁴⁶ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Sowjetischer_Krieg, abgerufen 19.11.2022

⁴⁷ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 26